

Die Bundespolizei ist im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages nach § 3 Absatz 1 des Bundespolizeigesetzes für die bahnpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung zuständig. Im Rahmen des Aufwuchses der Bundespolizei sind in den letzten Jahren auch die Bundespolizeiinspektionen mit bahnpolizeilichen Aufgaben gestärkt wurden. Die Bundespolizei nimmt ihre Aufgaben größtenteils integrativ wahr, so dass ein Referenzieren auf rein bahnpolizeiliche Aufgaben und die für diese Aufgabe zur Verfügung stehenden Dienstposten im Organisations- und Dienstpostenplan der Bundespolizei erschwert ist. Aktuell sind für die bahnpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei rechnerisch rund 6.000 Dienstposten eingerichtet. Die Aufwendungen für die bahnpolizeilichen Aufgaben der Bundespolizei sind Bestandteil der Gesamtveranschlagung der Haushaltsmittel im Haushaltsplan der Bundespolizei. Ein gesonderter Nachweis der Kosten sowie der abgeleisteten Stunden im bahnpolizeilichen Bereich erfolgt nicht und ist auch nicht vorgesehen.

96. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD)      Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung eine ausreichende Tank- und Ladeinfrastruktur für Lastkraftwagen mit alternativen Antriebstechnologien?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Oliver Luksic vom 13. November 2023**

Bei der Frage nach einem ausreichenden Angebot von Tank- und Ladeinfrastruktur muss sowohl die öffentlich zugängliche als auch die nicht-öffentlich zugängliche Tank- und Ladeinfrastruktur berücksichtigt werden. Bei der gewerblichen Nutzung von Lastkraftwagen mit alternativen Antriebstechnologien erfolgt das Tanken oder Laden derzeit in der Regel auf nicht-öffentlich zugänglichen Betriebsgeländen.

Zur Unterstützung des erst beginnenden Hochlaufs von Lkw mit alternativen Antriebstechnologien hat das Bundesministerium für Digitales und Verkehr mehrere Maßnahmen ergriffen:

Seit August 2021 wird neben dem Erwerb von Nullemissions-Lkw auch deren betriebsnotwendige Wasserstofftank- bzw. Ladeinfrastruktur aufgrund der Förderrichtlinie „Klimafreundliche Nutzfahrzeuge und Infrastrukturen“ (KsNI) gefördert. Inzwischen wurden über 2.800 Ladesäulen an mehr als 1.100 Standorten und 28 Wasserstoffzapfsäulen an 17 Standorten bewilligt. Weitere Fördermöglichkeiten für Schnellladepunkte bestehen über den Förderaufruf „Nicht-öffentlich zugängliche Schnellladeinfrastruktur für KMU und Großunternehmen“ aus der Richtlinie „Elektromobilität“.

Hinsichtlich der öffentlich zugänglichen Tank- und Ladeinfrastruktur für Lkw wird aktuell die Ausschreibung für ein initiales Ladenetz für E-Lkw vorbereitet. Der Aufbau eines Grundnetzes an Wasserstofftankstellen wird über das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff und Brennstoffzellentechnologie (NIP II) unterstützt.